

## N I E D E R S C H R I F T

über die 182. Sitzung des Planungsausschusses und  
gleichzeitig 158. Sitzung des Planungsbeirats des  
Regionalen Planungsverbands München am 04.11.2003  
im Landratsamt Fürstenfeldbruck

- Öffentlich -

### Beratungsgegenstände:

1. Örtliche Prüfung der Jahresrechnung 2002
2. Feststellung der Jahresrechnung 2002  
gem. Art. 88 Abs. 3 LkrO
3. Regionales Einzelhandelskonzept  
Sachstand
4. Vorberatung der Haushaltssatzung und des  
Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2004  
- Empfehlung für die Verbandsversammlung -
5. Information über Haushaltssatzung und Haushaltsplan  
für das Haushaltsjahr 2004 des Planungsverbands  
Äußerer Wirtschaftsraum München
6. Satzungsänderung des Regionalen Planungsverbands München  
Zusammensetzung des Regionalen Planungsbeirats  
- Empfehlung für die Verbandsversammlung -
  - a) Landesverband der Bayerischen Industrie und  
Vereinigung der Arbeitgeberverbände Bayerns
  - b) Aufnahme des ADAC Südbayerns e.V.
7. Mitwirkung des Regionalen Planungsverbands München  
bei der Abstimmung raumbedeutsamer Planungen und  
Maßnahmen mit den Erfordernissen der Raumordnung
  - a) Errichtung eines Verbrauchermarktes  
in der Stadt Unterschleißheim, Landshuter Straße
  - b) Verlängerung der S-Bahnlinie 7 von  
Wolfratshausen nach Geretsried
  - c) gemeindeübergreifendes Kiesabbauvorhaben  
der Gemeinden Hurlach und Obermeitingen,

Lkr. Landsberg a. Lech

- d) Ansiedlung eines Bau- und Gartenmarktes in der  
Gemeinde Eching – ergänzende Stellungnahme -

## 8. Verschiedenes

Vorsitz	LR Pointner
Planungsausschuss	StRin Boesser/LH München StR Brannekämper/LH München VerwDir Dr. Dengler/LH München 1. Bürgermeister Englmann/Gemeinde Aschheim Landrat Fauth/Lkr. Ebersberg Stv. LR Gotz/Lkr. Erding 1. Bürgermeister Hager/Gemeinde Krailling Landrat Janik/Lkr. München Stv. LRin Junker/Lkr. Landsberg a. Lech StR Kaplan/LH München LR Karmasin/Lkr. Fürstenfeldbruck Stv. LR Kreitmair/Lkr. Dachau StRin Lindner-Schädlich/LH München StR Mühlhaus/LH München StR Offmann/LH München Landrat Pointner/Lkr. Freising StR Schmatz/LH München Bürgermeister Schneider/Gemeinde Neufahrn StR Stadler/LH München Stadtbaurätin Prof. Thalgott/LH München 1. Bgm. Weilmayer/Gemeinde Obermeitingen 1. Bgm. Zeitler/Stadt Unterschleißheim
Planungsbeirat	Blaschek/Landessportverband Dreier, IHK Dr. Endstrasser/Kassenärztl. Vereinigung Fink/MVV Pauli/Erzbischöfl. Ordinariat Streller/Landesverband Bayer. Einzelhandel Wimbauer/Handwerkskammer
Regierung von Oberbayern	ORR Kufeld ORR Winter

Geschäftsstelle                      Geschäftsführer Breu

Sitzungsdauer                        14.05 Uhr bis 14.45 Uhr

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt die termingerechte Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Er informiert, in der Staatsregierung werde erwogen, die Regionalen Planungsverbände abzuschaffen. Herr Staatsminister Huber habe dies in einem Interview in der Bayerischen Staatszeitung deutlich ausgesprochen. Huber vertrat dort die Meinung, die Kommunalpolitiker verschwendeten viel Zeit in den Regionalen Planungsverbänden oder in den Ausschüssen, zudem werde die kommunale Selbstverwaltung durch die Planungsverbände beeinträchtigt. Nach der Vorstellung Hubers solle die kommunale Selbstverwaltung wieder hergestellt, die Einschränkung der kommunalen Planungshoheit durch die Landesentwicklungsplanung deutlich zurückgeführt und die Bevormundung durch die Regionalen Planungsverbände völlig aufgegeben werden. Die Gutachten der Planungsverbände könnten ersatzlos wegfallen.

Der Vorsitzende befürchtet, wenn die Regionalen Planungsverbände nicht mehr existierten, werde die Regionalplanung zur Staatsplanung. Er berichtet, in seiner Laufbahn seien viele für die Region wichtige Beschlüsse gefasst worden. Er betont, durch die Verschlankung des Regionalplans in den letzten Jahren seien Ziele grundsätzlich konkretisiert und damit eine positive Entwicklung vorangetrieben worden. Die Regionalplanung in kommunaler Hand sei lebenswichtig und für die Kommunen unverzichtbar. Er appelliert an die Kommunalpolitiker, alle Mittel zu ergreifen, um die Regionalen Planungsverbände zu erhalten. Er betont, entgegen der Meinung Hubers seien in der Region München gemeindliche, wirtschaftliche oder private Investitionsplanungen nicht behindert worden. Der Fall Infineon habe dies deutlich gemacht.

Er berichtet, dass die Vorsitzenden ein gemeinsames Schreiben an den Ministerpräsidenten richten werden und darin auf die Unersetzlichkeit des Regionalen Planungsverbands für die Region hinweisen.

## **TOP 1        Örtliche Prüfung der Jahresrechnung 2002**

Der Vorsitzende erklärt, die örtliche Prüfung der Rechnung des Jahres 2002 des Regionalen Planungsverbands sei wie immer von den Rechnungsprüfern durchgeführt worden. Es seien keine Bedenken gegen die Feststellung erhoben worden. Er verweist auf die Drucksache 19/03 und bittet um Zustimmung zum Beschlussvorschlag.

Keine Wortmeldungen.

**Beschluss:**

1. Vom Vortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Planungsausschuss schließt sich dem Prüfungsergebnis der Rechnungsprüfer des Planungsverbands Äußerer Wirtschaftsraum München an.

Abstimmung: Annahme ohne Gegenstimme.

**TOP 2      Feststellung der Jahresrechnung 2002  
gem. Art. 88 Abs. 3 LKrO**

Der Vorsitzende nimmt Bezug auf die Drucksache 20/03 und die Empfehlung an die Verbandsversammlung, sowie den Beschlussvorschlag.

**Beschluss:**

Der Planungsausschuss empfiehlt der Verbandsversammlung zu beschließen:

Die Verbandsversammlung stellt die Jahresrechnung 2002 fest:

Sie führte zu folgendem Ergebnis:

Soll-Einnahmen Verwaltungshaushalt	247.323,52 €
Soll-Einnahmen Vermögenshaushalt	<u>25.508,58 €</u>

Summe Soll-Einnahmen	272.832,10 €
----------------------	--------------

Soll-Ausgaben Verwaltungshaushalt	247.323,52 €
Soll-Ausgaben Vermögenshaushalt	<u>25.508,58 €</u>

Summe Soll-Ausgaben	272.832,10 €
---------------------	--------------

Die Vermögensrechnung schließt zum Ende des Haushaltsjahres 2002 ab:

Gesamtvermögen	17.007,29 €
----------------	-------------

Schulden	<u>0,00 €</u>
Reinvermögen	17.007,29 €

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung: Annahme ohne Gegenstimme.

### **TOP 3      Regionales Einzelhandelskonzept Sachstand**

Der Vorsitzende bezieht sich auf die Drucksache Nr. 21/03 und bittet um Zustimmung.

Breu berichtet, an diesem Konzept werde seit 3 Jahren gearbeitet, die Finanzierung habe sich als sehr schwierig herausgestellt, sei aber nun fast gesichert. Man warte noch bei der Finanzierung auf die Beteiligung der Gemeinden, die dies zugesichert hätten. Dann stünde auch der kommunale Beitrag für das Einzelhandelskonzept. Man könne nun das Konzept nicht nur auf die Einzelhandelsgroßprojekte, sondern auch auf den Einzelhandel in den kleineren Orten erweitern. Breu kündigt an, die Gemeinden würden nach einem positiven Beschluss konkret darüber informiert.

#### **Beschluss:**

1. Vom Vortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Geschäftsführer wird beauftragt, die Erstellung des Regionalen Einzelhandelskonzepts mit Nachdruck weiter zu betreiben.

Abstimmung: Annahme ohne Gegenstimme.

### **Top 4      Vorberatung der Haushaltssatzung und des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2004 - Empfehlung für die Verbandsversammlung -**

Breu bezieht sich auf die Drucksache 22/03. Er bittet um Kenntnisnahme und Zustimmung zum Beschlussvorschlag.

Keine weiteren Wortmeldungen.

**Beschluss:**

1. Vom Vortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Planungsausschuss empfiehlt der Verbandsversammlung zu beschließen:

„Haushaltssatzung des Regionalen Planungsverbands München  
für das Haushaltsjahr 2004

Aufgrund § 6 Absatz 1 Nr. 3 der Verbandssatzung in Verbindung mit Art. 6 Abs. 4 des Bayer. Landesplanungsgesetzes, Art. 41 Absatz 1 des Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit, der Art. 55 ff der Landkreisordnung erlässt der Regionale Planungsverband München folgende Haushaltssatzung:

§ 1

Der als Anlage beigefügte Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2004 wird hiermit festgesetzt; er schließt im Verwaltungshaushalt

in den Einnahmen und Ausgaben mit 369.600 €

und im Vermögenshaushalt

in den Einnahmen und Ausgaben mit 0 €

ab.

§ 2

Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen sind nicht vorgesehen.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen im Vermögenshaushalt werden nicht festgesetzt.

§ 4

Der Höchstbetrag der Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Haushaltsplan wird auf 10.000 € festgesetzt.

§ 5

Diese Haushaltssatzung tritt mit Wirkung vom 01. Januar 2004 in Kraft.“

Abstimmung: Annahme ohne Gegenstimme.

**Top 5      Information über Haushaltssatzung und Haushaltsplan  
für das Haushaltsjahr 2004 des Planungsverbands  
Äußerer Wirtschaftsraum München**

Der Vorsitzende bezieht sich auf die Drucksache 23/03 und erklärt, dieser Entwurf sei vom Vorstand des Planungsverbands Äußerer Wirtschaftsraum beschlossen, müsse jedoch noch von der Verbandsversammlung des Planungsverbands angenommen werden. Er bittet um Kenntnisnahme.

Schmatz bittet um Aufklärung über die Zuwachsraten bei den Positionen 4300, 4340 und bei 4500, die Umlagen Bayer. Versorgungsverband, Zusatzversorgung für Angestellte und Beihilfen, die ausgehend vom Rechnungsergebnis 2002 zum Ansatz 2004 exorbitant angestiegen seien.

Fröhlich erklärt, der Anstieg bei der Zusatzversorgung für Angestellte sei darauf zurückzuführen, dass die dafür zuständige Zusatzversorgungseinrichtung der Bayerischen Gemeinden zum 01.01.2003 die Satzung geändert habe. Es sei hier ein Zusatzbeitrag eingeführt worden, der Prozentsatz sei von 5,15 % auf 7,25 % angehoben worden. Jahrzehntlang sei die Zusatzversorgung umlagegedeckt gewesen und nun umgestellt auf eine kapitalgedeckte Zusatzversorgung. Jeder erwerbe nun in der Zusatzversorgung ganz persönliche unverlierbare Ansprüche. Das erkläre auch den Kostenanstieg im Haushalt, da die Zusatzversorgung nur vom Arbeitgeber bezahlt werde. Die Umlage an den Versorgungsverband wird auch für die Beamten weiter bezahlt, wenn sie bereits in Pension seien, ebenso für evtl. Witwen und Waisen. Die Beamten erschienen also nicht mehr im Stellenplan, es sei aber noch die Aufwendung an den Versorgungsverband im Haushalt. Diese betrage ungefähr ein Drittel der monatlichen Pension des Beamten. Die Umlage werde viele Jahre sowohl zur aktiven als auch zur passiven Zeit des Beamten bezahlt. Es werden bei der Versorgungskammer aus den Einzahlungen in der aktiven Zeit Rücklagen gebildet, die dann im Pensionsalter mit eingerechnet werden, also wieder zurückfließen.

Der Freistaat Bayern jedoch trifft hier keine Vorsorge, er deckt diese Kosten aus dem laufenden Haushalt.

Pointner stellt fest, der Staat verpflichte damit die Kommunen zu einer Vorgehensweise, die er selbst nicht anwende.

Schmatz fragt, ob eine gesetzliche Verpflichtung für diese Ausgabe bestehe, warum auch bei Beamten diese Umlage bezahlt und wie dieser Pensionsfond angelegt werde.

Fröhlich erklärt, ihm sei nicht bekannt, wie der Versorgungsverband die Gelder anlege oder decke, aber bei Interesse könne man noch Informationen einholen und dann nachreichen.

Diese Zusatzversorgungskasse gelte für alle Bayerischen Gemeinden, für alle Kommunen. Der Planungsverband sei zu dieser Verfahrensweise verpflichtet, da in der Satzung festgelegt sei, sich nach den Vorschriften der Gemeinden zu richten.

Bei den Beihilfen verhalte es sich so, dass mit dem steigenden Alter im Ruhestand auch die Beihilfe ansteige. Die Zusatzversorgung werde sich sicher noch weiter erhöhen, von 5,15 % 2002 werden 8,75 % im Jahre 2007 erwartet. Ein Anstieg von 0,5 %-Punkten pro Jahr sei sicher. Das sei jedoch immer noch weniger als die VGL für die Zusatzversorgung aufwende.

Der Vorsitzende weist ausdrücklich darauf hin, dass es sich um den Haushalt des Planungsverbands Äußerer Wirtschaftsraum München handelt und dazu selbstverständlich Fragen gestellt werden können.

Keine weiteren Wortmeldungen.

#### **Beschluss:**

Vom Vortrag wird Kenntnis genommen.

Abstimmung: Annahme ohne Gegenstimme.

- Top 6      Satzungsänderung des Regionalen Planungsverband München  
Zusammensetzung des Regionalen Planungsbeirats  
- Empfehlung für die Verbandsversammlung -**
- a)      Landesverband der Bayerischen Industrie und  
Vereinigung der Arbeitgeberverbände Bayerns**



## b) Aufnahme des ADAC Südbayerns e.V.

Der Vorsitzende nimmt Bezug auf die Drucksache 24/03 und erläutert deren Inhalte.

Keine Wortmeldungen.

### **Beschluss:**

1. Vom Vortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Planungsausschuss des Regionalen Planungsverbands München empfiehlt der Verbandsversammlung, die Satzung des Regionalen Planungsverbands München folgendermaßen zu ändern:

„Aufgrund Art. 8 Abs. 1 und Abs. 10 des Bayerischen Landesplanungsgesetzes i.d.F. der Bekanntmachung vom 16.09.1997 (GVBl S. 500) erlässt der Regionale Planungsverband München folgende Satzung zur Änderung der Verbandsatzung vom 01.04.1973, zuletzt geändert mit Wirkung vom 01.01.2002:

#### Art. 1

§ 16 der Satzung wird wie folgt geändert:

- ⇒ Nr. 7 erhält folgende Fassung:  
„7. die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (VBW)“
- ⇒ Nr. 13 erhält folgende Fassung:  
„13. der Bayerische Industrieverband Steine und Erden e.V.“
- ⇒ Nach Nr. 34 wird folgende Nr. 35 angefügt:  
„35. der ADAC Südbayern e.V.“

#### Art. 2

Diese Änderungssatzung tritt zum 01.01.2004 in Kraft.“

Abstimmung: Annahme ohne Gegenstimme

**Top 7      Mitwirkung des Regionalen Planungsverbands München bei der Abstimmung raumbedeutsamer Planungen und Maßnahmen mit den Erfordernissen der Raumordnung**

**a) Errichtung eines Verbrauchermarktes  
in der Stadt Unterschleißheim, Landshuter Straße**

Breu weist auf die Drucksache 25/03 und die darin enthaltenen Stellungnahmen der betroffenen Gemeinden hin. Die Gemeinde Oberschleißheim beantragt, dass hierzu im Vorfeld ein Verkehrskonzept erstellt werden solle.

Der Vorsitzende wendet ein, dass sich aus der Vorlage aber ergebe, dass das Projekt mit dem LEP übereinstimme.

Breu vertritt die Auffassung, ebenso wie der Regionsbeauftragte, dass diese Ansiedlung von den Verkaufsflächen und -größen her mit dem LEP in Einklang zu bringen sei, mit einer kleinen Einschränkung außerhalb des Drogeriebereichs auf 430 m<sup>2</sup>. Auch zum Thema Verkehr bestanden keine besonderen Bedenken.

**Beschluss:**

1. Vom Vortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Regionale Planungsverband München stimmt der Ansiedlung eines Verbrauchermarkts in der Stadt Unterschleißheim mit 2580 qm Verkaufsflächen für Lebensmittel, Getränke, Metzger und Bäcker sowie der Verkaufsfläche für Drogerie, Wasch-/Putzmittel von 300 qm zu.

Die Verkaufsflächen im Nonfood-Sortiment außerhalb des Drogeriebereichs sollten auf 430 qm begrenzt werden.

Abstimmung: Annahme ohne Gegenstimme

**b) Verlängerung der S-Bahnlinie 7 von  
Wolfratshausen nach Geretsried**

Der Vorsitzende nimmt Bezug auf die Drucksache 26/03.

Keine weiteren Wortmeldungen.

**Beschluss:**

1. Vom Vortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Regionale Planungsverband München stimmt der Verlängerung der S-Bahnlinie 7 von Wolfratshausen nach Geretsried auf allen Trassenvarianten zu, wenn dadurch keine Verzögerung beim S-Bahnausbau in der Region München entstehen.

Abstimmung: Annahme ohne Gegenstimme

**c) gemeindeübergreifendes Kiesabbauvorhaben  
der Gemeinden Hurlach und Obermeitingen,  
Lkr. Landsberg a. Lech**

Der Vorsitzende verweist auf die Drucksache 27/03 und bittet um Zustimmung zum Beschlussvorschlag.

Keine Wortmeldungen.

**Beschluss:**

1. Vom Vortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Regionale Planungsverband München stimmt dem gemeindeübergreifenden Kiesabbauvorhaben der Gemeinden Hurlach und Obermeitingen im Landkreis Landsberg a. Lech zu.

Abstimmung: Annahme ohne Gegenstimme

**d) Ansiedlung eines Bau- und Gartenmarktes in der  
Gemeinde Eching – ergänzende Stellungnahme -**

Vorsitzender weist auf die Drucksache 28/03 und die darin enthaltene Stellungnahme hin.

Thalgott äußert Bedenken zum Verfahren. Sie kritisiert die Vorgehensweise, den Einzugsbereich dann einfach zu ändern, wenn das Ergebnis nicht passend erscheine. In der Vorla-

ge vom Juli sei ein anderer Einzugsbereich angewendet, als jetzt im November. Erwiesenermaßen habe sich an der Zahl der Baumärkte in Dachau und Freising nichts geändert. Die Anzahl sei auf jeden Fall reichlich. Es könne nur einer der beiden aufgeführten Einzugsbereiche richtig sein. Eine Vorlage, die sich nicht mit diesem Thema auseinandersetzt, könne nicht akzeptiert werden. Wenn die Basis der Beurteilung so grundsätzlich in Frage gestellt werden müsse, wie hier beim Einzugsbereich, sei die Qualität der Einzugsbereiche insgesamt zweifelhaft.

Breu bestätigt, der Planungsausschuss des Regionalen Planungsverbands habe schon einmal beschlossen, dass diese Einzugsbereichsdiskussion unsinnig sei und dies in der Stellungnahme zum entsprechenden LEP-Ziel das dann auch so öffentlich abgegeben. Er vertritt die Ansicht, dass nach dem neuen Schreiben der BBE-Handelsberatung der Einzugsbereich, so wie er jetzt festgelegt, richtig sei. Er stellt klar, dass der Projektträger jetzt nicht einen gänzlich neuen Projekteinzugsbereich ins Spiel gebracht habe, sondern der Projekteinzugsbereich sei früher in zwei Teile, einen Kerneinzugsbereich und ein erweitertes Einzugsgebiet aufgeteilt gewesen. Der Planungsausschuss sei nicht gehalten, den Einzugsbereich festzulegen, sondern zu überprüfen, ob der vorgelegte schlüssig erscheint. Bei der Überprüfung sei nun aus diesem erweiterten Einzugsgebiet ein Drittel der Kaufkraft, ein Drittel der Einwohner dem Projekteinzugsbereich zugeschlagen worden. Die Regierung habe den Regionalen Planungsverband mit dem Zusatz beteiligt, wenn er sich noch äußern wolle. Es gebe auch noch die Möglichkeit, keine Aussage zu machen.

Der Vorsitzende regt an, keine Stellungnahme abzugeben.

#### **Beschluss:**

1. Vom Vortrag wird Kenntnis genommen.
2. Es wird keine Stellungnahme abgegeben.

Abstimmung: Annahme ohne Gegenstimme.

#### **Top 8      Verschiedenes**

Der Vorsitzende gibt bekannt, es sollten zwei Raumordnungs- bzw. Planfeststellungsverfahren in den nächsten Wochen durch den Vorsitzenden beurteilt werden, soweit sie aus regionaler Sicht unproblematisch seien. Es handelt sich um die Erweiterung des Golfplatzes bei Rottbach, Gemeinde Maisach und um eine Baumaßnahme zum Hochwasserschutz in Markt Schwaben. Die Einleitung der Verfahren sei für diese Sitzung nicht rechtzeitig eingegangen und die nächste Sitzung finde erst am 17.02.2004 statt, das zu sehr spät.

Der Vorsitzende regt an, im Sinne der Verschlankung, unproblematische Entscheidung nicht im Planungsausschuss zu behandeln.

Thalgott bittet darum, dass dem Protokoll der Bericht zu Kooperationsstrategien in der Region, der aus der gemeinsamen Arbeit dem Stadtrat der Landeshauptstadt vorgelegt worden sei, beigelegt und bei der nächsten Sitzung auf die Tagesordnung gesetzt werde.

Der Vorsitzende dankt den Anwesenden und schließt die Sitzung.

Vorsitzender

Protokollführerin

Pointner  
Landrat

Sandner  
Verw.Angestellte

### Anlage

Beschluss der Vollversammlung des Stadtrates vom 01.10.2003